Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, 11015 Berlin

An die
Verbände

- nur per E-Mail -

HAUSANSCHRIFT Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT 11015 Berlin

BEARBEITET VON Frau Dr. Drews-Hardach
REFERAT IA2
TEL (+49 30) 18 580 9108
FAX (+49 30) 18 580 9525

AKTENZEICHEN IA2 - 3473/7-19-12 260/261/2019

DATUM Berlin, 9. Januar 2020

BETREFF: **Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen**
HIER: Versendung des Referentenentwurfs an Länder und Verbände
ANLAGE: - 1 -

In der Anlage übersende ich den Referentenentwurf eines Gesetzes zum Schutz von Kindern vor geschlechtsverändernden operativen Eingriffen. Der Entwurf dient der Umsetzung der Vereinbarung im Koalitionsvertrag, gesetzlich klarzustellen, „dass geschlechtsangleichende medizinische Eingriffe an Kindern nur in unaufschiebbaren Fällen und zur Abwendung von Lebensgefahr zulässig sind" (S. 21, Zeilen 797-799).

Im Hinblick auf die Vielgestaltigkeit der davon betroffenen Lebensverhältnisse wäre ich dankbar, wenn Sie von der Möglichkeit einer Stellungnahme Gebrauch machen würden. Sollten Sie Stellung nehmen wollen, erbitte ich Ihre Rückäußerung spätestens bis zum

14. Februar 2020.

Der anliegende Referentenentwurf sieht folgende Lösung vor:

- **Verbot geschlechtsverändernder operativer Eingriffe** an Kindern durch Einschränkung der Personensorge der Eltern,
- **Ausnahme** für solche Eingriffe, die das Familiengericht zur Abwendung einer **Lebensgefahr oder erheblichen Gesundheitsgefahr** genehmigt hat,

- **Ausnahme** für solche Eingriffe ohne Bezug zu einer Lebens- oder Gesundheitsgefahr, die ein **mindestens 14jähriges Kind** begehrt, wenn weitere Voraussetzungen eingehalten sind (u. a. Zustimmung der Eltern und Genehmigung des Familiengerichts).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Stellungnahmen auf der Internetseite des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz veröffentlicht werden.

Der anliegende Referentenentwurf wurde innerhalb der Bundesregierung noch nicht abschließend abgestimmt.

Im Auftrag
Knoll-Biermann

Beglaubigt
Tarifbeschäftigte

BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ